

NOTSTANDSPROGRAMM GEGEN DEN ZIGARETTENTOD

Der 1. Deutsche Nichtraucherkongreß vom 15.-17.11.1974 in Bad Neuenahr hat mit Bestürzung die neuesten, in der offiziellen Stellungnahme der Bundesregierung über die Auswirkungen des Zigarettenrauchens genannten Zahlen zur Kenntnis genommen:

140.000 vorzeitige Todesfälle durch Rauchen Jahr für Jahr in der Bundesrepublik,
100.000 Frührentner als ausgebrannte Raucherruinen,
jeder 6. Krankheitsfall als Folge des Rauchens,
15 - 20 Milliarden DM Einbuße am Sozialprodukt usw. usw.

Bei einer Naturkatastrophe solchen Ausmaßes würde mit Sicherheit der nationale Notstand ausgerufen, um alle Kräfte dagegen zu mobilisieren.

Wir fragen: Wo bleibt ein nationales Notstandsprogramm gegen den Zigarettentod ? Aufklärung und die bisherigen Gegenmaßnahmen haben ihre Wirkungslosigkeit durch weiterhin steigenden Zigarettenkonsum bewiesen.

Deshalb fordern wir die Bundes- und Länderregierungen, die Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, Ärzte und Pädagogen, Unternehmer und Betriebsräte und darüber hinaus jeden einzelnen Bundesbürger auf, ein Notprogramm auf der Grundlage der folgenden Forderungen zu unterstützen und zu seiner Verwirklichung nach Kräften beizutragen.

Bundesweite Unterschriftensammlung für Nichtraucherschutz

Jeder einzelne Bundesbürger wird in Kürze Gelegenheit erhalten, unseren Forderungen durch seine Unterschrift Nachdruck zu verleihen.

Im Rahmen des Nichtraucherschutzprogramms der Bundesregierung fordern wir:

Verbot des Rauchens am Arbeitsplatz, d.h. Beschränkung des Rauchens auf bestimmte, gekennzeichnete Räume.

Verbot des Rauchens in Speisegaststätten und Kantinen, auch in Speisewagen der Bundesbahn, soweit eine räumliche Trennung der Raucher in "Rauchsalons" nicht möglich ist.

Rauchverbot in allen Verkehrsmitteln, auch in Flugzeugen, soweit keine durch eine Zwischenwand getrennten Raucherabteile bestehen.

Aufhebung der Raucherlaubnis in den Seitengängen von Nichtraucherwagen der Bundesbahn.

Anhebung des Anteils von Nichtraucherwagen bei der Bundesbahn auf ein Verhältnis 2 : 1 zu Gunsten der Nichtraucher.

Räumlich getrennte Unterbringung von Rauchern und Nichtrauchern in den Kasernen der Bundeswehr, Rauchverbot in Kasernenstuben, wo eine räumliche Trennung von Rauchern und Nichtrauchern nicht möglich ist.

Generelles Rauchverbot in Schulen, Jugendherbergen, Kur- und Krankenhäusern.

Rauchverbot - ggf. mit Einlegung von Rauchpausen außerhalb - bei Sitzungen und Konferenzen einschließlich parlamentarischer Gremien.

Rauchverbot im Taxi und anderen Kraftfahrzeugen, auch aus Gründen der Verkehrssicherheit.

Verstärkte Information der Öffentlichkeit über die Rechte der Nichtraucher, d.h. über den Vorrang des Anspruchs auf nicht verunreinigte Luft gegenüber der Freiheit zur Selbstvergiftung durch Rauchen.

Jugendschutz

Wir fordern: Wesentliche Intensivierung von Aufklärung und Erziehung bei Schülern und Jugendlichen gegen das Rauchen.

Aufnahme der Gesundheitsschäden des Rauchens als gesonderten Punkt in die Lehrpläne der pädagogischen Hochschulen.

Aufnahme der Aufklärung über die Gesundheitsschädlichkeit des Rauchens in Schulen schon in den Lehrplan der Unterstufe.

Auflage an alle Grundschulen zur jährlichen Vorführung bestimmter, noch festzulegender Aufklärungsfilme über die Gefahren des Rauchens im Rahmen des Lehrplanes.

Bereitstellung einer Tonbildschau als Unterrichtshilfe durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und die entsprechenden Einrichtungen der Länder.

Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Filmkopien und Tonbildschauen durch die Kultusministerien der Länder für alle Schulen.

Ernennung eines Fachberaters für Gesundheitserziehung in allen Schulen.

Abschaffung der Raucherzimmer und Raucherecken in Schulen, Sicherstellung rauchfreier Lehrräume an Universitäten und Hochschulen durch Übertragung der persönlichen Verantwortung an den jeweiligen Dozenten.

Verbot der Abgabe und Weitergabe von Zigaretten an Jugendliche unter 16 Jahren im Rahmen der Reform des Jugendschutzgesetzes.

Einschränkung des Automatenverkaufs: Unterbindung der Aufstellung von Zigarettenautomaten an allen für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zugänglichen Stellen, ebenso in

Krankenhäusern, in und an öffentlichen Gebäuden.

Die Bildung eines nationalen Rates zur Bekämpfung der Tabakgefahren unter Mitwirkung aller Organisationen, die im Kampf gegen das Rauchen aktiv sind, nach dem Beispiel der nordischen Länder. Staatliche Zuschüsse an diese Organisationen.

Aufwertung des Nichtraucherers und Nichtrauchens

Wir fordern: Eine gezielte Großkampagne zur Aufwertung des Nichtrauchers und Nichtrauchens mit Hilfe von Ausschreibungen an Werbeunternehmen.

Abwertung des Rauchens als Umweltverschmutzung, als Drogengebrauch, als Selbstverstümmelung auf Raten, als sozialschädliches Verhalten, und damit die Ächtung der Zigarette als Grundvoraussetzung für den Erfolg der Jugenderziehung.

Forderung an ärztliche und pädagogische Standesorganisationen, das Rauchen für Ärzte und Lehrer zumindest in Ausübung ihres Berufes und in der Öffentlichkeit für nicht standesgemäß zu erklären.

Forderung an prominente Politiker und Persönlichkeiten zu einem Verzicht des Rauchens in der Öffentlichkeit, insbesondere im Fernsehen.

Dringende Empfehlung des Bundesgesundheitsministeriums an die Filmindustrie und an das Fernsehen zur Beteiligung an einer nationalen Kampagne gegen das Rauchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, d.h. wo immer dies ohne Beeinträchtigung der Filmhandlung möglich ist.

Dringende Empfehlung des Bundesgesundheitsministeriums an das Fernsehen, wöchentlich mindestens einen von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bereitzustellenden "Anti-Smoking-Spot" in einer Nachmittagssendung für Kinder am Wochenende und für Erwachsene im Abendprogramm von 20-22 Uhr wochentags zunächst für die nächsten 3 Jahre zu zeigen.

Krankenkassen

Wir fordern eine Neuorientierung der Sozialleistungsträger mit Schwerpunktverlagerung auf die Krankheitsvorbeugung und Schaffung von materiellen Anreizen für gesundheitsbewusste Lebensweise.

Dazu gehört auch die Übernahme der Behandlungskosten für erfolgreiche ambulante oder stationäre Raucherentwöhnung, auch für noch gesunde Raucher.

Gewährung von Kuraufenthalten bei Raucherkrankheiten nur, wenn der Kurteilnehmer sich verpflichtet, an einer Raucherentwöhnungskur teilzunehmen oder sich das Rauchen abzugewöhnen.

Wir fordern Initiativen der Krankenkassen für entsprechende Einrichtungen zur Raucherberatung, zunächst in allen Kurorten und Großstädten, und zur Weiterentwicklung der Methoden.

Tabakwarenreklame

Wir fordern: Totalverbot der Tabakwarenreklame in der Öffentlichkeit, außer in geschlossenen Verkaufsstellen.

Volle Ausschöpfung der Möglichkeiten des neuen Lebensmittelgesetzes in der Interimszeit: Beschränkung der Tabakwarenreklame auf reine Produktwerbung, auf nachweisbare Informationen über etwaige Besonderheiten der jeweiligen Marke.

Unterbindung jeglicher Imagewerbung, d.h. Verbot der Darstellung von Menschen in der Tabakwarenwerbung, nach § 22, Abs. 1 LMG.

Deutlich sichtbarer Aufdruck auf allen Zigarettenpackungen und auf jeder Reklameabbildung nach amerikanischem Muster: "Warnung! Rauchen ist absolut gesundheitsschädlich!"

Kennzeichnungspflicht für Nikotin-, Teer- und CO-Gehalt von Tabakwaren unter standardisierten Rauchbedingungen, sowie ein Höchstgehalt für diese Werte für in der Bundesrepublik zugelassene Zigarettenmarken.

Zeitlich befristete Auflage an die Zigarettenindustrie zur Herstellung von Zigaretten, die - ähnlich wie Zigarren - nicht zum Inhalieren verleiten. Ab diesem Zeitpunkt dürfen in der Bundesrepublik nur noch Zigaretten aus solchen Tabaken in Verkehr gebracht werden.

Tabaksteuer, Tabakanbau und Finanzierung von Antiraucherkampagnen

Wir fordern: Die Aufhebung der Absetzbarkeit der Tabakwarenreklame von der Steuer.

Die Reservierung eines Teiles dieser zusätzlichen Steuereinnahmen für Maßnahmen gegen das Rauchen.

Die kontinuierliche Einschränkung der Subventionen für den Tabakanbau, zunächst um 10 %, und Bereitstellung dieses Betrages für Maßnahmen gegen das Rauchen.

Eine Initiative der Bundesregierung für eine diesbezügliche einheitliche Regelung im Rahmen der EG.

Jährliche Anhebung der Tabaksteuer um je 10 % in den nächsten 5 Jahren nach dem Beispiel Schwedens.